

Stuttgart, 11.11.2019

Haushalt 2020/2021

Unterlage für die 1. Lesung des Verwaltungsausschusses zur nichtöffentlichen Behandlung am 18.11.2019

Handlungsfähigkeit von Stadt und Eigenbetrieben zurückgewinnen (II): Ballungsraumzulage und kostenloses Jobticket: Ein wirklich attraktiver Arbeitgeber muss deutlich mehr bieten als andere

Beantwortung / Stellungnahme

Zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di und zur Ballungsraumzulage wird auf die Stellungnahme zum SPD-Antrag 179/2019 verwiesen.

Als Anreiz zur gezielten Personalgewinnung hat die Stadt Stuttgart als Antwort auf die geforderte Mobilitätszulage das VVS-Jobticket eingeführt. Die Stadt bezahlt hier einen einheitlichen Zuschuss in Höhe von 28,30 Euro an alle Mitarbeitenden, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln im VVS-Gebiet zur Arbeitsstelle pendeln. Das Angebot wurde dieses Jahr auch auf Fernpendler im Einzugsgebiet der DB ausgeweitet.

Ein kostenfreies Jobticket innerhalb des VVS-Tarifgebiets wäre mit ca. 3,6 Mio. Euro Mehrkosten zu veranschlagen. Die Mehrkosten für eine vollständige Übernahme von Tickets der Deutschen Bahn können mangels Datengrundlage nicht berechnet werden. Die Gesamtmehrkosten würden ca. 4 Mio. Euro betragen. Hinzu kommen zu erwartende Mitnahmeeffekte in unbekannter Höhe, da davon auszugehen ist, dass mehr Mitarbeitende ein kostenfreies Jobticket in Anspruch nehmen als es derzeit Nutzer gibt. Anders als beim derzeitigen Zuschussmodell würde ein kostenfreies Jobticket eine Prüf- und Koordinationsstelle beim Haupt- und Personalamt erforderlich machen. Diese wäre im Umfang einer Vollzeitstelle in Entgeltgruppe 8 zu veranschlagen.

Vorliegende Anfragen/Anträge:

795/2019 Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Erledigte Anfragen/Anträge:

-

Dr. Fabian Mayer
Erster Bürgermeister

Anlagen

-

<Anlagen>